

An den Säulen des Herkules

Es war zu schön, um wahr zu sein: Die ganze Welt sollte auf Vordermann von der „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)“ in Paris gebracht werden. Es geht darum – wie die Organisation meint – „unfairen Steuerwettbewerb“ der Nationen durch gemeinsame Beschlüsse der wichtigsten Industrieländer der Welt ein für alle Mal zu beseitigen. Aber ganz so leicht, wie sich die OECD das vorgestellt hatte, geht es nicht. Am 30. November sollte darüber abgestimmt werden, daß „Staaten mit als schädlich zu betrachtenden Steuerpraktiken“ mit Sanktionen belegt werden, wenn sie nicht die Steuerprivilegien abschaffen. Diese Abstimmung aber muß jetzt vertagt werden. Sie müßte einstimmig getroffen werden. Aber dazu wird es nicht kommen. Die Pläne sind an dem Felsen von Gibraltar vorläufig zerschellt.

Die kleine Halbinsel, welche in die Meerenge zwischen Mittelmeer und Atlantik hineinreicht, kann sich einer großen Vergangenheit rühmen. Gibraltar galt im Altertum als eine der „Säulen des Herkules“. Seit drei Jahrhunderten ist die Insel eine britische Kolonie. Die Engländer gewähren dem Felsen, um den herum etwa so viel Einwohner leben wie in Liechtenstein und wo es heute mehr Banken als im Fürstentum gibt, traditionell Steuerautonomie. Davon leben die Einwohner Gibraltars, und das kleine Felsenterritorium fällt den Engländern nicht zur Last.

Ein Dorn im Auge aber ist Gibraltar für den großen Nachbarn, für die Spanier. Sie haben bisher die Wiedervereinigung mit dem Mutterland nicht durchsetzen können. Als jetzt die Entscheidung über die OECD-Pläne zur Ächtung von Steueroasen näher rückte, glaubten die Spanier, mit einem Veto die ganze OECD gegen England zu mobilisieren. Dabei ging es ihnen aber hauptsächlich um Gibraltar.

Die OECD hat von Großbritannien verlangt, es möge dafür sorgen, daß die Steueroase am Fuße der Säule des Herkules geschlossen werde. Die Briten aber sagen nein. Da die Beschlüsse in der OECD einstimmig gefaßt werden müssen, wird das Nein Londons die Existenz der Steuerfreizone wohl bis auf weiteres garantieren. Die Nachricht von der britischen Entscheidung, Gibraltar das Privileg der Steuerfreiheit zu belassen, wurde vor allem an der spanischen Ferienküste am östlichen Mittelmeer gefeiert, wo die wohlhabenden Familien Europas domizilieren. Nach einem



**Blick aus
Zürich**

On-dit soll im Hafen von Gibraltar ein großes Fest gefeiert worden sein, und am Ende hätte man „God save the Queen“ gesungen. Ob das stimmt, sei dahingestellt. Auf jeden Fall wäre es eine schöne Geschichte.

Die Briten aber haben noch von einer anderen Seite Beifall bekommen, nämlich vom Finanzplatz Schweiz und der Berner Regierung. Die Schweizer hatten sich schon „breit schlagen“ lassen und prinzipiell Brüssel gegenüber bereit erklärt, künftig eine Quellensteuer auf Zinseinkünfte von EU-Steuerbürgern in der Eidgenossenschaft zu erheben. Die Voraussetzung allerdings sollte sein, daß „der Rest der Welt mitmacht“. Dieser „Rest aber“ wird offensichtlich immer größer, und damit könnte die Angst der Schweizer vielleicht auch immer kleiner werden.

Kein geringeres Land als die Vereinigten Staaten von Amerika machen nämlich auch nicht mit. Die OECD wollte auch Amerika verpflichten dafür zu sorgen, daß die vielen amerikanischen Briefkastengesellschaften – man spricht von mehr als 5000 – die vor den Inseln der amerikanischen Ostküste domizilieren, ihre Privilegien verlieren. Das aber liegt keineswegs im amerikanischen Interesse. Die Off-Shore-Trusts tragen nämlich wesentlich dazu bei, den amerikanischen Export nach Asien und Europa zu verbilligen, ja vielfach überhaupt erst zu ermöglichen. Und die Außenhandelsbilanz der Vereinigten Staaten würde noch schlechter aussehen, wenn es das gut funktionierende Instrument der legalisierten Trusts nicht gäbe. Dies mußte schließlich auch die OECD einsehen. Schamhaft wurden die USA von der Liste jener „Steuerparadiese“ gestrichen, die es zu verbieten gäbe. Das Hemd des Eigennutzes sitzt eben den Nationen – wenn's drauf ankommt – näher als der Rock schöner Gemeinsamkeiten, Steueroasen zu bekämpfen. Die OECD muß das wohl oder übel lernen.

Der nächste Stolperstein im Kampf gegen die Freiheit des Kapitalverkehrs ist das ominöse Projekt der Tobin-Steuer – der Besteuerung von Devisenhandelsumsätzen. Diese Steuer war von Franzosen schon mal in den siebziger Jahren angeregt und ist nun von Frankreich wieder ins Spiel gebracht worden. Die Befürworter in der Pariser Regierung arbeiten nur einen Steinwurf von den Büros der OECD entfernt.

Ihr Heinz Brestel